

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3458

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3458



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 4. 7. 2021

Inhalt

| | |
|---|----|
| Dauerbrenner: KV-Umbau und Gender-Absurditäten..... | 2 |
| 2.7.2021, Marianne Wüthrich..... | 2 |
| Rettet der Bundespräsident jetzt die KV-Lehre?..... | 4 |
| Tages-Anzeiger 25.6.2021, Schweiz, Raphaela Birrer..... | 4 |
| Grundlegender Konstruktionsmangel..... | 6 |
| SGAB (Schweiz. Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung) 3/2021, Rolf Dubs | 6 |
| Rolf Dubs: Langjähriger Einsatz für die Berufsbildung..... | 9 |
| Die Gender-Debatte greift jetzt auf die Zürcher Schulen über | 9 |
| Tages-Anzeiger 21.6.2021, Front, Marius Huber | 9 |
| «Die Schule vermittelt keine Ideologien» | 10 |
| Tages-Anzeiger 22.6.2021, Zürich, Tina Fassbind..... | 10 |
| Genderstern? Ja, nein, vielleicht | 12 |
| Tages-Anzeiger 2.7.2021, Zürich, Lisa Aeschlimann und Annik Hosmann | 12 |
| «Man geht von einem Extrem ins andere»..... | 14 |
| Tages-Anzeiger 28.6.2021, Debatte, Leserbriefe..... | 14 |
| «Der Genderstern ist Sprachverhunzung»..... | 15 |
| Sonntagszeitung 26.2021, Nadja Pastega | 15 |
| Verbot für Gendersprache | 17 |
| NZZ 30.6.2021, Meinung und Debatte, Leserbrief | 17 |
| Amerikas Eltern proben den Aufstand..... | 17 |
| Sonntagszeitung 26.6.2021, Rassismus in den USA, Martin Suter | 17 |
| Nach dem Corona-Fernunterricht landen die Computer wieder in der Ecke | 19 |
| NZZ am Sonntag, 27.6.2021, Bildung, René Donzé | 19 |
| Das Tablet in der Schule – eine zweischneidige Sache | 20 |
| NZZ 2.7.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer..... | 20 |
| Veranstaltung vom 7. Juli 2021 | 23 |
| Der schiefe Turm von PISA – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress..... | 23 |
| Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 7. Juli 2021, 18.30 – 20.30..... | 23 |





Dauerbrenner: KV-Umbau und Gender-Absurditäten

2.7.2021, Marianne Wüthrich

Der Widerstand gegen die fragwürdige Umpflügung der für die Schweiz systemrelevanten KV-Lehre ist nun auch in Bundesbern angekommen. Die parlamentarischen Bildungskommissionen befassen sich damit, und der Waadtländer Bundespräsident soll versuchen, das Fach Französisch (ebenfalls systemrelevant, nämlich für den innerschweizerischen Zusammenhalt!) vor dem Gestrichenwerden zu retten. Raphaela Birrer stellt im Tagi noch einmal die grössten Brocken des Reformprojekts zusammen.

Grundlegender Konstruktionsmangel: Wirtschaftspädagoge Rolf Dubs meldet sich zu Wort

Offenbar ist Rolf Dubs in fortgeschrittenem Alter darauf gekommen, dass kompetenzorientierte Lehrpläne doch nicht das Gelbe vom Ei sind. Jedenfalls spricht er heute eine deutliche Sprache: «Ich bin der Überzeugung, dass der Übergang der Gliederung des Lehrplanes auf Handlungskompetenzbereiche und nicht auf Fächer in der vorliegenden, absoluten Form unglücklich ist.» Er vermisse eine Definition, «welches Wissen angehende Kaufleute in ihrer beruflichen Grundbildung erwerben sollen». Damit fehle ein konstitutives Element der Reform. «Ohne gut strukturiertes Wissen», so der Autor, «lässt sich kein guter Lernerfolg erzielen.» Es sei eine Illusion zu glauben, Wissen könne durch den Beizug digitaler Geräte und mit selbstgesteuertem Lernen «ohne angeleiteten Unterricht» erworben werden. Weiter kritisiert Rolf Dubs die Reduktion der Volkswirtschaft auf wenige Themen und den mangelhaften Deutschunterricht.

Auch hält er am Fachunterricht fest, jedenfalls in den ersten Semestern. Es sei empirisch seit langem belegt, dass «in einer Anfangsphase ein guter fächergebundener dialogischer Frontalunterricht lernwirksam ist». Da eine KV-Lehre drei Jahre dauert, wäre für interdisziplinären Unterricht demnach vor allem das dritte Jahr geeignet, das heute schon zum Teil für fächerübergreifende Projekte genutzt wird. Dabei können die Schüler ihr in den ersten Semestern erworbenes Grundlagenwissen anwenden und festigen.

Was die Zukunftstauglichkeit der Reform betrifft – womit deren Urheber ihre Umwälzungen ja begründen! – setzt Dubs ein grosses Fragezeichen: «Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird ein gut strukturiertes Grundlagenwissen, das in einem anfänglich angeleiteten Unterricht erworben wurde, für das Verständnis von Neuem zunehmend bedeutsamer.»

Da sind wir uns ja ganz einig – lieber spät als nie.

Gendersprache zum Ersten: «Ich finde, es wird zu viel darüber diskutiert.»

Sternli* oder Binnen-I oder Lehrer-/innen? Oder die Umwandlung von Lehrern und Schülern mit Hilfe des Partizip Präsens in «Lernende» und «Lehrende»? Die Verschwendung unserer Zeit mit Absurditäten aller Art nimmt kein Ende. Nun gibt die «Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung» eine neue Broschüre mit «Sprachtipps» heraus, in der auch der sogenannte Genderstern empfohlen wird («Die Gender-Debatte greift jetzt auf die Zürcher Schulen über»). Derweil fordert LCH-Präsidentin Dagmar Rösler einheitliche Richtlinien für die Deutschschweizer Schulen. Die gibt es übrigens schon längst, jedenfalls für die Bundesverwaltung: 2009 hat die Bundeskanzlei in 2. Auflage ihren «Leitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren im Deutschen» herausgegeben, 192 Seiten lang. Zweck der umfangreichen Übung: «Mit geschlechtergerechten Formulierungen werden Frauen nicht mehr nur implizit mitgemeint, sondern explizit genannt und angesprochen. Sie werden sprachlich sichtbar, sie treten in Erscheinung und rücken ins Bewusstsein. Damit leisten geschlechtergerechte Formulierungen einen – nicht unwichtigen – Beitrag zur tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Denn Sprache und gesellschaftliche Wirklichkeit sind nicht voneinander zu trennen.» (Seite 13)



Tatsächlich? Mir persönlich ist es eigentlich Hans was Heiri (oder muss ich sagen: Hanni was Heidi?), ob ich implizit oder explizit angesprochen werde – Hauptsache, ich bin auch dabei und werde respektiert und ernstgenommen. Ganz in diesem Sinne äussern sich auch die vom Tagi befragten Zürcher Berufsmittelschüler («Genderstern? Ja, nein, vielleicht»). Andrea: «Ich finde die ganze Diskussion unnötig. Wenn man 'Schüler' sagt, muss ich nicht immer denken, dass ich nicht mitgemeint bin. Sagt man 'Schülerinnen und Schüler', kommen immer die Frauen zuerst. Das ist auch nicht fair. Ich finde, es wird zu viel darüber diskutiert.» *Alle nicken.* Eine Mitschülerin ergänzt, es sei vor allem ein Medienthema, ein anderer findet es übertrieben, dass die Gender-Sprache zu einer gerechteren Welt führen soll. – Unsere Jugend gibt Anlass zur Hoffnung!

Gendersprache zum Zweiten: Sprachverhunzung und Ideologisierung

Aktuell schaltet sich die Bundeskanzlei in die sooo bedeutende Genderstern-Debatte ein, mit einer Weisung, die allerdings nur für die deutschsprachigen Texte *des Bundes* gilt («Umgang mit dem Genderstern und ähnlichen Schreibweisen in deutschsprachigen Texten des Bundes. Weisung und Erläuterungen der Bundeskanzlei vom 15. Juni 2021»). Darin kommt die Bundeskanzlei zu weissen Erkenntnis, der Genderstern und ähnliche Konstruktionen würden nicht das leisten, was sie leisten sollten, ausserdem «verursachen sie eine ganze Reihe von sprachlichen Problemen». Ein Beispiel, das laut Bundeskanzlei die Lesbarkeit des Textes beeinträchtigt: «Der*die Leiter*in bezeichnet eine*n geeignete*n Mitarbeiter*in, die*der ihn*sie bei Abwesenheit vertritt».

Mit Recht bezeichnet Pascal Frey, Präsident des Vereins der Schweizer Deutschlehrerinnen und -lehrer (VSDL) derlei Gender-Verbiegungen der deutschen Sprache, denen wir seit Jahren ausgesetzt sind, als «Sprachverhunzung». Die Leserbriefschreiber in unserem Newsletter schreiben ebenfalls Klartext: Sie fordern ein Verbot des Gendersterns in den Schulen sowie den Verzicht auf das Stadtzürcher Gleichstellungsbüro, sie empfehlen, die Lehrer auf den Duden zu verweisen, eine Leserin nennt diese Diskussionen «Luxusprobleme» und verlangt, sich den echten sozialen Problemen zuzuwenden.

Die Redaktion des Tages-Anzeigers löst die Sache sinnvoll und ohne grosses Trara: «Unsere aktuelle Richtlinie lautet, wenn möglich beide Geschlechter zu nennen oder die beiden Formen abzuwechseln.» («Genderstern? Ja, nein, vielleicht») So halte ich es auch, allerdings ohne die gleichmässige Verwendung männlicher und weiblicher Formen zu zählen.

Die Behauptung von LCH-Präsidentin Dagmar Rösler, die Schule vermittele keine Ideologien, wird zum Beispiel durch die Aussage eines der befragten BM-Schüler widerlegt: «Man muss immer aufpassen, was man sagt. Im Sinne von, was denkt er dann von mir, denkt er, dass ich gegen Feminismus bin. Was nicht der Fall ist. Aber ich finde, Sprache sollte frei sein.» Was ist denn das anderes als eine Ideologie, wenn ein junger Mensch sich nicht frei fühlt, das auszudrücken, was er sagen möchte? Oder wenn Rösler erklärt, viele Erwachsene würden «die Kinder in bestimmte Rollen drücken» und Eltern, Lehrerinnen und Lehrer hätten die Aufgabe, «diese Stereotype aufzubrechen beziehungsweise aufzuweichen.» Nach Unterstützung unserer Jugend, ihren Lebensweg in freier Wahl und mit ihren Eltern an der Seite zu beschreiten, klingt es jedenfalls nicht.

In eine ähnliche Richtung geht der anschliessende Artikel «Amerikas Eltern proben den Aufstand», der die Indoktrinierung der US-amerikanischen Jugend mit «Anti-Rassismus» thematisiert.

Noch ein Dauerbrenner: Die Digitalisierung

In den letzten zwei Artikeln unserer Sammlung wird das bestätigt, was viele Pädagogen schon seit langem sagen: Der Computer muss in der Schule ein Hilfsmittel bleiben, denn die Lehrer-Schüler-Beziehung kann er nie und nimmer ersetzen. Wer glaubt, es brauche eben mehr «Überzeugungsarbeit» und einen «Kulturwandel», um die digitale Lernwelt in



Schwung zu bringen, erkennt die grundsätzlichen Abläufe und Voraussetzungen des Lernens. So weist Klaus Zierer auf Studien hin, wonach «die Mitschrift von Lerninhalten mit Papier und Bleistift allen Formen digitaler Notizen in vielfacher Hinsicht überlegen ist» und «das Lesen von und Lernen mit analogen Texten nachhaltiger ist, weil langsamer und damit tiefgründiger gearbeitet wird als mit digitalen Texten. Diese werden häufig schnell weggewischt, was der Sinnentnahme und dem Leseverständnis schadet.»

Nun bleibt uns noch, Ihnen eine erspriessliche Lektüre und eine erholsame Sommerpause zu wünschen.

Für die Redaktion des Zürcher Newsletters:

Marianne Wüthrich

Rettet der Bundespräsident jetzt die KV-Lehre?

Tages-Anzeiger 25.6.2021, Schweiz, Raphaela Birrer

Erfolgsmodell Um die Reform der grössten Schweizer Lehre tobt eine Kontroverse. Sogar das Parlament hat sich eingeschaltet - und Guy Parmelin soll den Sprachenstreit lösen.

Es ist die beliebteste Berufsausbildung der Schweiz: Jeder fünfte Lehrling entscheidet sich für das KV - jährlich 13'000 Jugendliche schliessen einen Vertrag für eine kaufmännische Lehre ab. Doch ausgerechnet um dieses Erfolgsmodell ist nun ein erbitterter Streit entbrannt. Branchenverbände, Lehrpersonen und Politiker unterschiedlichster Couleur warnen: Die KV-Stiftung wird kaputtgemacht!

Hinter den dramatischen Appellen steckt eine Mammutreform. Die schulische Ausbildung der KV-Lehrlinge wird gerade komplett revidiert. Das Ziel: Die Jugendlichen sollen besser auf die Zukunft vorbereitet werden - auf eine digitalere, vernetztere, interkulturellere Arbeitswelt. Das ist nötig, so weit sind sich alle einig, weil die letzte grössere Reform bald zwanzig Jahre zurückliegt. In der Zwischenzeit haben sich die beruflichen Realitäten zahlreicher Branchen stark gewandelt, von den Lehrabgängern werden neue Kompetenzen erwartet.

Das Projekt «Kaufleute 2022», wie die Reform bis vor kurzem hiess, stösst jedoch alte Gewissheiten um. So gibt es etwa statt Fächern neu Themenblöcke, in denen die Lehrlinge «Handlungskompetenzen» erwerben sollen. Zudem soll nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden. Und es ist umstritten, ob sich die Berufsmaturität überhaupt noch mit der kaufmännischen Lehre vereinbaren lässt. Aufgegleist hat die Reform die Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen, also die Trägerorganisation der KV-Lehre. Sie hat dem Bund Anfang Jahr ihren Vorschlag zur Prüfung unterbreitet.

Die Pläne haben auch die nationale Politik aufgeschreckt. Nach der Kritik der Banken, Versicherungen und der Lehrerschaft ist in den Bildungskommissionen des Parlaments Hektik ausgebrochen. Die Volksvertreter wurden überhäuft mit besorgten Schreiben von involvierten Kreisen; viele dieser Stimmen warnten eindringlich, hier werde gerade ein Erfolgsmodell mutwillig zerstört. Und die berufliche Zukunft Tausender Jugendlicher aufs Spiel gesetzt. «Für viele Parlamentarier war klar: Jetzt müssen wir handeln, bevor es zu spät ist», sagt etwa SP-Nationalrätin Sandra Locher.

In mehreren Anhörungen, die letzte gestern im Ständerat, wollten die Bildungspolitiker deshalb von Vertretern der betroffenen Branchen und des zuständigen Staatssekretariats für Bildung wissen, wie ernst die Lage ist. Und wie der Bund die Notbremse ziehen könnte. Trotz der Aussprachen bleiben vier Punkte politisch besonders umstritten.



Sprachenstreit reloaded?

Nur noch eine obligatorische Fremdsprache, von den Kantonen frei wählbar, so lautet der Plan. In diversen Vorstössen zeigen sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Lager besorgt um die Landessprachen - Englisch drohe in der Schweiz zur Arbeitssprache zu werden. Die Folge: Das Staatssekretariat für Bildung SBFI hat Anfang Mai eine neue Vernehmlassung mit zwei weiteren Varianten eröffnet (alle KV-Lehrlinge lernen eine Landessprache versus zwei Sprachen obligatorisch).

Der Entscheid wird nächste Woche kommuniziert, wie es beim SBFI heisst. Getroffen hat ihn Bildungsminister Guy Parmelin höchstpersönlich. Dieses bundesrätliche Eingreifen ist in der Berufsbildung unüblich, aber die Sprachenfrage gilt als staatspolitisch besonders heikel. Zu erwarten ist, dass der Romand sich für eine der beiden Varianten ausspricht, die die Kohäsion nicht gefährden. Damit würde Parmelin den wichtigsten Streitpunkt der Reform aus dem Weg räumen.

Berufsmaturität gefährdet?

Bisher war die Berufsmatur in die Ausbildung während der Lehre integriert. «Wie das in Zukunft sein soll, bleibt noch völlig unklar», kritisieren die beiden Bildungskommissionen in einer Motion. Alarm geschlagen hatten auch die Fachhochschulen: Sie befürchten, dass der Übertritt an die weiterführenden Schulen nicht mehr gewährleistet ist. Christof Spöring, Präsident der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission, widerspricht: Das aktuell vorliegende Konzept genüge den Anforderungen und sei umsetzbar. «Die Studierfähigkeit ist in jedem Fall gewährleistet», sagt er.

Schwammige Kompetenzen?

Kein Deutsch, keine Mathe, keine Wirtschaft. Dafür: «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen». Oder: «Interagieren in einem vernetzten Umfeld». In solchen Themenblöcken sollen die Lehrlinge «Handlungskompetenzen» erwerben. «Ein äusserst fragwürdiges Konzept», findet GLP-Nationalrätin Katja Christ, «wo bleiben da der Inhalt und das Wissen?» In einer Interpellation fragt sie unter anderem nach der wissenschaftlichen Evidenz der Systemumstellung. Sie fühlt sich ungut an die heftigen Diskussionen zum Lehrplan 21 erinnert, der ebenfalls mit Kompetenzen arbeitet.

In der neuen KV-Lehre «wird das Grundlagenwissen in adäquater Tiefe vermittelt», kontert die Konferenz der Ausbildungsbranchen. Es sei in den Lernfeldern explizit formuliert. Klar ist: Trotz breiter Kritik ist die Ausrichtung auf Kompetenzen für Bund und Branchenorganisationen unumstösslich. Nicht nur in der Volksschule, auch in anderen Berufsausbildungen sind die Lehrpläne bereits entsprechend ausgestaltet.

Zu überstürzte Reform?

Das hohe Reformtempo machte nicht nur die für die Umsetzung zuständigen kantonalen Bildungsämter skeptisch. Dass bereits in einem Jahr die KV-Stifte mit neuem Lehrplan unterrichtet werden sollen, halten auch die Bildungskommissionen beider Räte für unrealistisch. Sie fordern in zwei gleichlautenden Motionen eine Verschiebung auf 2023. Doch nur kurz nach deren Einreichung war die Forderung bereits hinfällig: Das zuständige Staatssekretariat zog die Notbremse und verschob wegen der breiten Kritik die Einführung um ein Jahr. «Für eine solch weitreichende Reform brauchen die Lehrkräfte ausreichend Zeit. Sie müssen den gesamten Unterricht umstellen», sagt SP-Nationalrätin Sandra Locher. Nun bleibe auch ausreichend Zeit, alle Beteiligten angemessen einzubeziehen. Und Mitte-Nationalrat Philipp Kutter sagt: «Damit haben wir Druck aus dem System genommen. Jetzt kann sich die Politik wieder heraushalten aus der Reform.»



Grundlegender Konstruktionsmangel

SGAB (Schweiz. Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung) 3/2021, Rolf Dubs

Das SBFI hat nach diversen Interventionen die Einführung der neuen Bildungsverordnung im Beruf Kaufleute EFZ um ein Jahr auf 2023 verschoben. Das gibt Zeit, noch einmal über die Reform nachzudenken. So formuliert Rolf Dubs Überlegungen zu grundsätzlichen Konstruktion des Lehrplans. Er vermisst, dass in der Revision überhaupt nicht definiert werde, welches Wissen angehende Kaufleute in ihrer beruflichen Grundbildung erwerben sollen. Ohne dieses konstitutive Element bleibe die Reform trotz aller guten Ansätze vage.

Angesichts des raschen Wandels müssen Lehrpläne regelmässig überarbeitet werden. Mit der Lehrplanentwicklung verbunden ist immer wieder die Streitfrage, ob Neuerungen auf neue pädagogische Theorien ausgerichtet oder ob lediglich herkömmliche Vorstellungen des Bisherigen überarbeitet werden müssen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, stösst jeder Lehrplanentwurf gleich zu Beginn der Reformarbeiten auf viel Kritik. Dies ist gegenwärtig auch beim Bildungsplan und seinem Umsetzungskonzept für den kaufmännischen Beruf der Fall. Die Expertengruppe entschied sich für die erste Variante und legte ein Konzept mit fünf Handlungskompetenzbereichen vor, das auf die herkömmliche Fächerorganisation verzichtet. Diese Neuerung wurde sehr sorgfältig erarbeitet; viele Lehrpersonen und Leute aus der Wirtschaft kritisieren sie aber oder lehnen sie ganz ab.

Leider ist es weltweit erst sehr selten gelungen, die Richtigkeit neuer Lehrplanansätze und deren Wirksamkeit empirisch zu belegen, da vor allem die Wertvorstellungen (etwa über die Rolle der Lehrperson) und die pädagogischen Zusammenhänge komplexer werden. Deshalb müssen Entscheide weitgehend argumentativ erfolgen. Dies geschieht auch in diesem Beitrag. Dazu werden zwei Beurteilungskriterien angelegt. Erstens werden Teile des Lehrplanentwurfes mit einem Satz des deutschen Pädagogen Eduard Spranger (1882-1968) betrachtet, wonach es in der Pädagogik nichts gebe, was nicht auch Nachteile habe; denn zu oft zeigt sich, dass neue Lehrpläne scheiterten, weil die Nachteile übersehen wurden. Zweitens wird zu klären sein, ob die grundlegenden Ziele des neuen Lehrplans auf ein zukunftsträchtiges Berufsbild ausgerichtet sind und von den Betroffenen akzeptiert werden. Mit Hilfe dieser zwei Betrachtungsweisen werden in diesem Beitrag die Inhalte des Bildungsplans und dessen Umsetzungskonzept für die neue kaufmännische Berufslehre besprochen. Begonnen wird mit dem Berufsbild.

Das Berufsbild verweist sehr treffend auf die dienstleistungsorientierte Ausbildung der Lernenden und ist gut dargestellt. Allerdings fehlen für die Zukunft der kaufmännischen Grundbildung Annahmen über die Entwicklung des Lernens und die künftige Bedeutung des Wissens beim Lernen. Es scheint – und hier ist an die Sentenz von Spranger zu erinnern –, dass im Lehrplanentwurf dem systematischen Lernen mit klaren Wissensstrukturen und der Bedeutung der Lernformen keine grosse Bedeutung mehr geschenkt wird. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die Gestaltung des Unterrichtes.

Ob die Vernachlässigung dieser beiden Aspekte zukunftsgerichtet ist, wird hier bezweifelt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird ein gut strukturiertes Grundlagenwissen, das in einem anfänglich angeleiteten Unterricht erworben wurde, für das Verständnis von Neuem zunehmend bedeutsamer. Einerseits steigen die Ansprüche der beruflichen Weiterbildung, so dass dazu vermehrtes Wissen vorausgesetzt wird (z.B. stete Weiterbildung an Fachhochschulen). Und andererseits sind es die Fortschritte der Informatik, welche nicht nur die Arbeit erleichtern, sondern auch immer mehr Wissen erfordern, weil der technische Fortschritt laufend neues Wissen voraussetzt und damit zu neuen Lernansprüchen führt.



Das Berufsbild

Ausgangspunkt zur neuen Gestaltung der Lehrplanrevision sollte die Frage zum heutigen Stellenwert des Wissens sein, dessen Bedeutung für das Lernen wissenschaftlich schon seit langem erkannt ist. Ohne gut strukturiertes Wissen (verstandenes Wissen mit einer gut organisierten Wissensbasis als Voraussetzung) lässt sich kein guter Lernerfolg erzielen. Die Wissenserarbeitung (nicht das Auswendiglernen und die Wissenspaukere) bleibt von grosser Wichtigkeit für das Lernen. Auch die Illusion, Wissen könne dank neuer Möglichkeiten (Abruf aus digitalen Instrumenten, selbstgesteuertes Lernen) ohne angeleiteten Unterricht erfolgen, mindert die Bedeutung des Wissens beim Lernen nicht. Dies ist wissenschaftlich belegt. Deshalb ist im Sinne von Spranger zu überlegen, ob Lehrpläne auf Basis von Handlungskompetenzen und ohne angemessene, vernetzte Wissensgrundlagen nicht auch Nachteile haben.

Dazu lassen sich zwei kritische Anmerkungen anführen.

1. Erstens werden in den Handlungskompetenzbereichen A und B des Lehrplanentwurfes viele Leistungsziele vorgeschlagen, die die Auszubildenden bei Beginn der Lehre wenig motivieren, weil sie als Anfänger in der Kaufmannstätigkeit noch zu wenig Bezug zu ihrer künftigen Tätigkeit und dem entsprechenden Lernen haben. Zwei Beispiele: «Sie (die Lernenden) formulieren messbare Zielsetzungen für die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen»; oder «sie zeigen messbare Zielsetzungen für die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen». Hier könnte das Gleiche geschehen wie vor Jahren mit dem wissensunabhängigen «Lernen lernen», das in vielen Situationen (nicht in allen) erst in Kombination mit vorhandenen Wissensbeständen zu Lernerfolgen führte.
2. Zweitens werden wertvolle und wichtige Leistungsziele vorgelegt, die sehr viel Wissen voraussetzen. Andernfalls kommt es zu punktuellm Lernen, das gefährlich ist, weil das Lernen oberflächlich bleiben kann. «Sie (die Lernenden) interagieren in kaufmännischen Kommunikationssituationen mit interkulturellen Unterschieden im Team adressatengerecht.» Dieses Leistungsziel erfordert sehr viel Wissen aus verschiedenen Lernbereichen, das häufig nicht zeitgerecht zur Verfügung steht. Deshalb besteht die Gefahr von Halbheiten des Lernens, der Verstärkung des Auswendiglernens und einer wenig sinnvollen Wissenspaukere. Mit einem Unterricht in Fächern entfallen diese Probleme, wenn Leistungsziele mit genügendem Vorwissen unterrichtet werden.

Diese zwei Nachteile sprechen trotz interessanten Leistungszielen mindestens in einem Teil (etwa in den ersten Semestern der beruflichen Grundbildung) für eine Fächerorientierung des Lehrplans.

Kompetenzbegriffe und Taxonomie

Mit solchen Vorgaben erfüllt der Lehrplanentwurf die wichtige Aufgabe der intellektuellen Förderung der Lernenden nicht genügend.

Die Handlungskompetenzbereiche und Handlungskompetenzen sowie die Leistungsziele sind in allgemeiner Form gut beschrieben. In den fachbezogenen Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Recht erscheinen sie aber nahezu als Inhaltslisten. Ansätze zu kognitiv anspruchsvolleren Leistungszielen fehlen in beiden Bereichen. Zwei Leistungsziele zum Aspekt Recht mögen dies zeigen: «Sie (die Lernenden) zeigen den Aufbau einer Erfolgsrechnung und einer Bilanz auf» und «Sie erläutern die zentralen Elemente von gängigen Verträgen (Einzelarbeitsvertrag...) und weiteren rechtlichen Grundlagen». Mit solchen Vorgaben erfüllt der Lehrplanentwurf die wichtige Aufgabe der intellektuellen Förderung der Lernenden nicht genügend. Vermutlich ist dies darauf zurückzuführen, dass die Taxonomie (hierarchischer Aufbau von Kompetenzen mit steigenden Kategorien des



Anspruchsniveaus des Lernens) trotz der Erklärungen im Bildungsplan nicht systematisch beachtet wurde. Ein Beispiel möge dies zeigen: Das vorliegende Leistungsziel steht auf der Stufe 1 der Taxonomie (Wissen). Ein neues Leistungsziel könnte wie folgt aussehen: «Sie entwerfen einen idealen Einzelarbeitsvertrag für einen Sekretär Ihres Betriebes und lassen ihn durch eine Mitschülerin überprüfen» (Stufe 5 Synthese der Taxonomie und Stufe 6 Beurteilen). Die Taxonomie ist seit Jahren ein wichtiges Merkmal für die Differenzierung des Niveaus von gutem Unterricht und trägt wesentlich zur zielgerichteten Vielgestaltigkeit der Ansprüche für Prüfungen bei. Der Einsatz der Taxonomie sollte im Lehrplan mehr Bedeutung haben. Die gelegentlich vorgetragene Meinung, man könnte dies den Lehrpersonen überlassen, ist fragwürdig, denn damit ginge ein wichtiges Merkmal aussagekräftiger Prüfungen verloren.

Interdisziplinarität des Lehrplanes

Behauptet wird oft, dass ein fächerorientierter Unterricht weniger Möglichkeiten für einen interdisziplinären Unterricht bietet als ein Lehrplan mit Handlungskompetenzbereichen. In absoluter Form gilt diese Feststellung nicht. Entscheidend sind im Fortgang des Unterrichts Fächerkombinationen in einer vielseitigen Form. Empirisch ist seit vielen Jahren belegt, dass in einer Anfangsphase ein guter fächergebundener dialogischer Frontalunterricht lernwirksam ist. Insbesondere schwächere Lernende lernen im beginnenden Frontalunterricht in Fächern mehr als mit E-Learning oder selbständigem Lernen. Aber es ist zwingend, dieses anleitende Lernen im Fortgang des Unterrichts in Fächern erweiternd interdisziplinär zu ergänzen, sei es in den bestehenden Fächern oder in interdisziplinären neuen Fächern, wie sich dies vor vielen Jahren mit sogenannten Integrationsfächern an KV-Schulen bewährt hat. Solche Kombinationen im fortgeschrittenen Unterricht wären im vorliegenden Lehrplanentwurf problemlos umsetzbar, denn viele Handlungskompetenzen eigneten sich vorzüglich für einen interdisziplinären Unterricht, selbst wenn man zu Fächern zurückkehren würde. Als Beispiel: Die Handlungskompetenz mit dem vorgegebenen Leitziel «Sie wenden Konfliktlösestrategie im Team an» böte viele interdisziplinäre Lernmöglichkeiten, sofern ein genügendes Wissen vorliegt.

Fehlende Lernbereiche

Volkswirtschaftliche Themen werden in den Leitzielen nur noch punktuell angesprochen, was aus zwei Gründen unverständlich ist. Erstens betreffen volkswirtschaftliche Fragen viele kaufmännisch Tätige in zunehmendem Masse, z.B. die Folgen der Konjunktur oder wirtschaftliche und politische Ordnungsfragen und ihre Konsequenzen für die Unternehmen. Deshalb gehören sie strukturiert als Wirtschaftsbürgerkunde in jeden kaufmännischen Lehrplan. Zweitens wächst die Meinungspolarisierung bei wirtschaftlichen und politischen Fragen auch in unserem Land. Um sie und die Verschwörungstheorien, die unser Land beschädigen, zu bekämpfen, ist volkswirtschaftlicher Unterricht im Sinne der demokratischen Bildung im Rahmen einer Wirtschaftsbürgerkunde zwingend. Deshalb darf er im Lehrplan nicht einfach gestrichen werden. Drittens sollte die Ausbildung in Muttersprache verstärkt werden. Deren Schwächen in der Schweiz sind in den PISA-Untersuchungen bestätigt und erfordern die systematische sprachliche Fortbildung auch für den Kaufmannsberuf. Allerdings sollte dies keine traditionelle Geschäftskorrespondenz mehr sein.

Wie weiter?

Ich bin der Überzeugung, dass der Übergang der Gliederung des Lehrplanes auf Handlungskompetenzbereiche und nicht auf Fächer in der vorliegenden, absoluten Form unglücklich ist.

Die bisherigen Arbeiten zur Entwicklung der Handlungskompetenzen und der Leistungsziele verdienen Anerkennung. Aber ich bin der Überzeugung, dass der Übergang der Gliederung des Lehrplanes auf Handlungskompetenzbereiche und nicht auf Fächer in der



vorliegenden, absoluten Form unglücklich ist. Anzustreben sind für den Anfangsunterricht Fächer zur Sicherstellung eines strukturierten Grundlagenwissens, das nach einer gewissen Zeit durchaus mit vielen der vorliegenden Handlungskompetenzen ohne Fächer erweitert werden kann. Dies erforderte eine nochmalige Bereinigung des Lehrplanentwurfes. Zudem wird die Einführung des neuen Lehrplanes für die Lehrerfortbildung sehr aufwändig, weil vieles für die Lehrpersonen noch wenig klar ist. Aufgrund erster Reaktionen meine ich, dass aber sofort an jeder Schule eine Lehrperson auszubilden ist, welche die Verantwortung für die Umsetzung des Lehrplanes übernimmt. Dazu sollten die Konstrukteure des Lehrplanes eine Anleitung vorlegen. Zu vermeiden sind aus meiner Sicht viele und lange Sitzungen, in denen Nichtwissen, Kritik und Dogmen vorherrschen. «Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir Lehrpersonen endlich nur noch Coaches sind, und die Lernenden grösstenteils nur noch selbstständiges, vornehmlich digitales Lernen einsetzen können», hörte ich kürzlich. So etwas ist Unsinn.

Rolf Dubs: Langjähriger Einsatz für die Berufsbildung

Rolf Dubs war einer der ersten, der reines Faktenwissen durch die Orientierung an Lernzielen und Kompetenzen ersetzte.

Rolf Dubs war zwischen 1969 und 2000 Direktor für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen. Er hat wie kaum eine andere Persönlichkeit die Entwicklung der schweizerischen Berufsbildung geprägt. Aus diesem Grund wurde ihm 2007 eine Würdigung durch die Bundesverwaltung in Form der Broschüre «Rolf Dubs' Beitrag zu Schweizer Bildungsinnovationen» zuteil – eine aussergewöhnliche Geste des Amtes zum einen und zum anderen ein wichtiges Dokument, das die Vielfalt der Verdienste von Dubs nachvollziehbar macht. So hat Dubs 1978 ein Grundsatzdokument zur Lehrplanentwicklung an gewerblichen Berufsschulen in der Schweiz entwickelt und damit, so Ursula Renold in ihrem Beitrag in der erwähnten Broschüre, «den Grundstein für eine ganze Generation von Berufsreglementen» gelegt. Dubs war zudem einer der ersten Pädagogen, der junge Berufslernende anhand von authentischen Fallbeispielen aus der Praxis im interdisziplinären und prozessorientierten Denken bilden wollte und – vor allem in der Unterrichtsforschung – von Lernzielen und Kompetenzen (kompetenzorientierte Lernziele) sprach.

Rolf Dubs

Dr. Dres h.c. Rolf Dubs war zwischen 1969 und 2000 Direktor für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen. Er gehört zu den führenden Köpfen der Entwicklung der Berufsbildung in der Schweiz.

Die Gender-Debatte greift jetzt auf die Zürcher Schulen über

Tages-Anzeiger 21.6.2021, Front, Marius Huber

Streit um Sprache Die Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung empfiehlt Lehrerinnen und Lehrern, den Genderstern zu verwenden. Das birgt Zündstoff.

Die Broschüre richtet sich an die Lehrerschaft und die Schulleitungen. Und sie enthält politisch brisante Tipps. Ihr Ziel ist, auf eine «gleichstellungsorientierte und gendersensible Bildung» hinzuwirken. Neben unbestrittenen Empfehlungen, hinter denen auch kritische Geister wie die Zürcher Lehrerin und FDP-Politikerin Yasmine Bourgeois stehen, finden sich in der Broschüre Sprachtipps wie etwa jener, den Genderstern zu verwenden. Dieses



Sonderzeichen ist hoch umstritten und in der Stadtzürcher Verwaltung aktuell nicht erlaubt.

Hinter der Broschüre steht die städtische Fachstelle für Gleichstellung. Diese ist im Departement von Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) angesiedelt. Der für die Schule zuständige Stadtrat Filippo Leutenegger (FDP) war offenbar nicht involviert: Er habe von nichts gewusst, lässt er ausrichten.

Die Leiterin der Fachstelle, Anja Derungs, legitimiert die Tipps mit dem neuen Lehrplan 21. Dieser schreibt vor, dass Schülerinnen und Schüler lernen sollen, im Zusammenhang mit Geschlecht und Rollen «eine sachliche und wertschätzende Sprache» zu verwenden. Die Pädagogische Hochschule, die bei der Erarbeitung der Broschüre geholfen hat, bezeichnet diese als Hilfestellung bei der Umsetzung dieser Vorgabe. Das Volksschulamt hält aber fest, dass solche Tipps nicht verbindlich seien - die Verantwortung liegt also bei den Lehrerinnen und Lehrern.

«Die Schule vermittelt keine Ideologien»

Tages-Anzeiger 22.6.2021, Zürich, Tina Fassbind

Genderstern im Klassenzimmer Bei Dagmar Rösler, der obersten Lehrerin der Schweiz, kommen die Zürcher Tipps für einen geschlechtergerechten Unterricht nicht gut an. Wenn schon, brauche es eine einheitliche Norm für die ganze Deutschschweiz.

Frau Rösler, die Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung gibt Lehrerinnen und Lehrern in einer Broschüre Anregungen für gendergerechte Sprache. Was halten Sie davon?

Es ist keine Verordnung, sondern eine Sammlung mit Tipps, wie man in Sachen Gleichstellung vorgehen könnte. Ich fände es aber vor allem in Bezug auf die Schreibweise gut, wenn ein einheitliches Vorgehen gefunden würde. Es kann nicht sein, dass jede Stadt und jeder Kanton separate Leitfäden veröffentlicht. Besser wäre es, wenn man wenigstens für die gesamte Deutschschweiz dieselben Richtlinien einführen würde.

Gibt es solche Bemühungen?

Meines Wissens nicht. Auch der Lehrplan 21 macht zum Umgang mit diesem Thema wenig Aussagen. Grundsätzlich ist es sicher wichtig, die Lehrerinnen und Lehrer für das Thema Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren. Dass Lehrpersonen beispielsweise im Unterricht keine Stereotype unterstützen und Mädchen und Jungen gleichermassen fördern. In den letzten Jahren hat sich da nicht nur in der Schule viel getan. Aber manches ist noch ungeklärt.

Zum Beispiel die gendergerechte Schreibweise. Im Leitfaden wird angeregt, den Genderstern zu verwenden, wenn in einem Text alle Geschlechter angesprochen werden. Ein guter Vorschlag?

Ich finde das problematisch. Wenn es um Schreibweisen geht, ist der Rat für deutsche Rechtschreibung die zentrale Instanz. Er gibt die Norm vor, an die sich alle bei der Schreibweise halten sollen, und in Bezug auf die gendergerechte Rechtschreibung gibt es derzeit noch keine verbindlichen Vorgaben.

Was ist an einem Stern problematisch?

Der Genderstern ist nur eine von mehreren Möglichkeiten. Es gäbe auch noch den Gender-Gap mit einem Unterstrich zwischen der weiblichen und männlichen Form oder die Variante mit einem Doppelpunkt. Entscheidend ist, dass sich am Ende alle an einer



Norm orientieren können.

Das Problem, wie etwas richtig formuliert werden soll, existiert schon lange. Warum hat der Rat für deutsche Rechtschreibung noch keine Norm entwickelt?

Es ist eine hochkomplexe Angelegenheit, bei der es unter anderem darum geht, die richtige Formulierung für Menschen zu finden, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Die Schreibweise muss zudem barrierefrei sein - sie muss also auch funktionieren, wenn sich beispielsweise Sehbehinderte einen Text online vorlesen lassen.

Was halten Sie vom Vorschlag in der Broschüre, die weibliche Sprachform mit der Erklärung zu verwenden, das männliche Geschlecht mitzumeinen?

Das ist nicht die richtige Lösung beziehungsweise nur eine Scheinlösung, weil die weibliche Form auch keine geschlechtsneutrale Formulierung ist. Ich würde dazu raten, jeweils beide Formen auszuschreiben und auszusprechen, bis die verbindliche Norm vorliegt. Aber mit der richtigen Schreibweise sind noch längst nicht alle genderspezifischen Probleme aus dem Weg geräumt.

Welches sind die Schwierigkeiten, mit denen Lehrerinnen und Lehrer im Alltag zu tun haben?

Kinder sind in Bezug auf Genderthemen sehr offen. Es sind vor allem die Erwachsenen, welche die Kinder in bestimmte Rollen drücken. Das merkt man in späteren Jahren unter anderem bei der Berufswahl: Es gibt noch immer Branchen, die hauptsächlich von Mädchen oder von Jungen besetzt werden. Diese Grenzen sind noch nicht aufgebrochen. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer haben die Aufgabe, diese Stereotype aufzubrechen beziehungsweise aufzuweichen.

Das klingt so, als müssten Fehler der Eltern ausgemerzt werden?

An der Schule werden keine Ideologien vermittelt, sondern was im Lehrplan steht. Wenn darin festgehalten ist, Schülerinnen und Schüler für Genderthemen zu sensibilisieren, ist das kein Umerziehen oder Ausmerzen von Erlerntem, sondern eine Öffnung der Weltanschauung, eine Erweiterung des Menschenbildes. Es ist keine politische Haltung, die hier einfließt.

Ab welcher Altersstufe macht es Sinn, das Genderthema im Unterricht aufzugreifen?

Von Anfang an! Stereotype werden schon im Kleinkindalter eingepflegt, deshalb muss man bereits vor dem Kindergartenalter ansetzen und dafür sorgen, dass solche Rollenbilder nicht zementiert werden. Jungs sollen auch mit Puppen spielen können, wenn sie es wollen, und Mädchen mit Autos. Es geht auch darum, den Eltern zu vermitteln, dass kein Grund zur Sorge besteht, wenn ihr Kind aus dieser von Erwachsenen gesetzten Geschlechternorm ausbrechen will. Die Schule übernimmt diesbezüglich eine enorm wichtige Rolle.

Kann die Schule dieser Aufgabe gerecht werden, ohne verbindliche Normen?

Wir können natürlich nicht willkürlich Regeln aufstellen, sondern müssen uns im Unterricht an das halten, was im Lehrplan vorgegeben ist. Es ist allerdings höchst unwahrscheinlich, dass an Zürcher Schulen mit ihrem hohen Anteil an Lehrerinnen patriarchale Zustände herrschen. Auch die Sensibilisierung für Gendergerechtigkeit ist unter den Lehrpersonen sehr ausgeprägt - sowohl bei Männern als auch bei Frauen.

Dagmar Rösler Präsidentin Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH)



Genderstern? Ja, nein, vielleicht

Tages-Anzeiger 2.7.2021, Zürich, Lisa Aeschlimann und Annik Hosmann

Nachgefragt in einer Berufsmittelschule Die Stadt Zürich rät, im Unterricht den Genderstern zu verwenden. Was halten Berufsschülerinnen und -schüler davon?

Freitagnachmittag, Deutschstunde mit Lehrerin Nina Kägi an der Berufsmaturitätsschule Zürich. Kägi schreibt mit Kreide «Schüler» mit Sternchen, Binnen-I, als Paarform und alles dazwischen an die Wandtafel. Wir fragen: «Welche Form spricht euch am meisten an?»

Wir diskutieren mit zwölf Schülerinnen und Schülern, ob eine gendergerechte Sprache zu einer gerechteren Welt beitragen kann. Der Jüngste ist 19, die Älteste 38, sie sind ausgebildet als Pflegefachkraft, Hochbauzeichnerin oder Köchin.

Wir lassen abstimmen.

Die Meinung in der Klasse ist alles andere als eindeutig: Drei wünschen sich den Genderstern, jemand das neutrale «Lernende». Vier setzen ihre Stimme ein für «Schülerinnen und Schüler», weitere vier für die männliche Form - zum Beispiel Cyril.

Cyril: «Schüler finde ich gut, weil es am kürzesten und am einfachsten ist und wir es schon am längsten verwenden - wohl auch aus Gewohnheit.»

*Ayse: «Ich verwende Schüler*innen mit dem Stern, weil da alle Geschlechter gemeint sind. Ich finde es lustig, wenn Cyril als junger Mensch von Gewohnheit spricht. Man lernt ja immer neue Wörter. Es ist eine Umstellung, aber auch eine Frage, ob man das will.»*

Oberster Deutschlehrer: «Sprachverhunzung»

Im Kampf um die «richtige» Sprache ist man sich nicht nur in Kägis Klassenzimmer uneinig. Die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich hat vor kurzem eine Broschüre veröffentlicht, in der sie die Verwendung des Gendersterns in der Schule ausdrücklich empfiehlt. Dagmar Rösler, oberste Lehrerin der Schweiz, bezeichnete die Empfehlung als «problematisch». Pascal Frey, oberster Deutschlehrer, sprach von «Sprachverhunzung».

Im Moment ist noch nicht klar, welche Schreibweise sich durchsetzen wird. Im März aber hat der Rat für deutsche Rechtschreibung - das höchste deutsche Sprachorgan – entschieden, den Genderstern nicht ins amtliche Regelwerk aufzunehmen. An ihm orientieren sich unter anderem die Schulen. Die Schweizer Bundeskanzlei verbietet die Verwendung des Gendersterns in der Bundesverwaltung ganz.

Die BMS Zürich überlässt es den Lehrpersonen, wie sie die Schülerinnen und Schüler ansprechen. Kägi spricht wenn möglich von «Lernenden» oder von der «Klasse». Was das gendergerechte Schreiben betrifft, zeigt sie ihnen Varianten auf und lässt diese in Aufsätzen zu. Sie frage dann aber auch kritisch nach, damit die Schülerinnen und Schüler Gewohnheiten überdenken und sich über die Wirkung von Sprache bewusster werden.

Andrea: «Ich finde die ganze Diskussion unnötig. Wenn man Schüler sagt, muss ich nicht immer denken, dass ich nicht mitgemeint bin. Sagt man Schülerinnen und Schüler, kommen immer die Frauen zuerst. Das ist auch nicht fair.» Sie schüttelt den Kopf. *«Ich finde, es wird zu viel darüber diskutiert.»*

Alle nicken.

Ayse: «In meinem Alltag erlebe ich es weniger. Es ist vor allem ein Medienthema. So entsteht der Eindruck, nur das bewirke mehr Gleichberechtigung.»

Emil: «Dass eine gendergerechte Sprache zu einer gerechteren Welt führt, finde ich übertrieben. Es ist nur ein kleiner Teil davon. Aber es kann eine Auswirkung auf die grösseren Themen haben.»



Cyril: «Ich finde es schlecht, so viel Zeit und Energie auf die richtige Sprache zu legen, statt etwas gegen ungleiche Löhne oder gegen immer wieder stattfindende sexuelle Übergriffe zu tun. Man soll mehr aufklären, wie ungerecht die aktuelle Lage ist.»

Was darf ich noch sagen? Was geht nicht mehr?

Ein Blick in die Schweizer Mediendatenbank zeigt, dass tatsächlich viel darüber geschrieben wird: Deutschsprachige Medien haben in den letzten zwei Jahren über 1500 Artikel zum Thema «Genderstern» publiziert. Und in den sozialen Medien wird die Diskussion besonders gehässig geführt.

Doch der generelle Eindruck täuscht, denn im selben Zeitraum gab es mehr als doppelt so viele Artikel zu «Lohnungleichheit» und fast 6000 zu «sexuellen Übergriffen». «Gleichberechtigung» kam insgesamt 13'593 Mal vor. In Bern reichten Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den letzten zwei Jahren lediglich eine Anfrage zum Genderstern ein. Hingegen gab es fast 300 Vorstösse zu den Themen Lohnungleichheit und Gleichstellung.

Kägi thematisiert diese Themen immer wieder. Mit dieser Klasse war sie zweimal im Landesmuseum, sie besuchten die Ausstellungen «FrauenRechte» und «Der erschöpfte Mann». Die Ausstellungen hätten in der Klasse kontrovers diskutierte Fragen aufgeworfen, sagt sie.

Jasmin: «Ich kenne Leute, die sich ohne oder als anderes Geschlecht definieren. Für mich ist es schwierig, mit ihnen zu sprechen, weil ich immer das Gefühl habe, jedes zweite Wort nicht mehr sagen zu dürfen. Wenn sich jemand ohne Geschlecht definiert, fallen viele Worte weg. Dann traue ich mich fast nicht mehr, etwas zu sagen. Aus Angst, dass ich dann schlecht dastehe.»

Emil: «Ich wurde von Kolleginnen schon korrigiert. Ich soll sie beim Reden bitte auch nennen, dann würden sie sich mehr einbezogen fühlen. Ich gebe mir grösste Mühe, das umzusetzen. Beim Schreiben ist es einfach, beim Sprechen klappt es noch nicht immer.»

Cyril: «Man muss immer aufpassen, was man sagt. Im Sinne von, was denkt er dann von mir, denkt er, dass ich gegen Feminismus bin. Was nicht der Fall ist. Aber ich finde, Sprache sollte frei sein.»

Ayse: «Mit Sprache kann man andere ausschliessen oder verletzen. Es ist wichtig, dass man sich Gedanken macht, wie das Gesagte ankommt. Sprache hat eine starke Wirkung.»

Studien zeigen, dass das generische Maskulinum, bei dem Frauen mitgemeint sind, einen Einfluss darauf hat, an welches Geschlecht wir denken. Nina Kägi hat mit ihrer Klasse dazu ein bekanntes Experiment gemacht: «Nennt mir fünf Schauspieler.» Von fünf Genannten waren vier Männer. Erst als sie die Klasse darum bat, Schauspielerinnen und Schauspieler zu nennen, fielen mehr Namen weiblicher Stars.

Cyril: «Ich will das Experiment nicht widerlegen. Vielleicht kennt man aber männliche Schauspieler einfach besser und denkt darum an sie.»

Warum?

Cyril: (zögert) «Jetzt wird es heikel. Ich hätte gesagt, weil sie erfolgreicher sind.»

Warum sind sie erfolgreicher?

Muriel: «Männliche Schauspieler sind öfter in den Medien. Würde man so über die ausserordentlichen Leistungen von Kate Winslet schreiben wie über jene von Leonardo DiCaprio, wäre sie auch mehr im Gedächtnis.»

Werke von Künstlerinnen gewinnen seltener Preise

Was Muriel sagt, lässt sich wissenschaftlich stützen. Nur knapp jede vierte Person, über



die die Schweizer Medien berichten, ist weiblich. Das geht aus einer am Donnerstag publizierten Studie der Universität Zürich hervor.

Cyril: «Ich weiss nicht, ob wir ganz Hollywood umkrepeln können, wenn wir die Sprache ändern. Machtverhältnisse waren und sind prägender als die Sprache.»

Ayse: «Die Sprache ist vielleicht eine Folge dieser Machtverhältnisse. Und eine Möglichkeit, etwas an diesen zu ändern.»

Emil: «Ich habe das Gefühl, das, was wir als Einzelperson tun können, ist, diese Genderthematik anzunehmen und anzuwenden. Machtverhältnisse kann ich selbst nur schwer beeinflussen.»

Cyril: «Man sollte doch darüber reden, dass man als Frau nicht die gleichen Rechte hat wie als Mann. Obwohl das auf dem Papier so sein sollte. Ich glaube einfach nicht, dass ein Genderstern gleiche Löhne kreieren wird.»

Ayse: «Das sagt auch niemand. Aber es ist ein Teil davon, der vielleicht unser Denken und so unser Handeln verändert.»

Jasmin: «Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Man fängt einfach falsch herum an. Wenn man die wichtigsten Themen zuerst ansprechen würde, würde sich das andere daraus ergeben.»

So handhaben wir es

Die Frage, wie man geschlechtergerecht texten soll, beschäftigt auch die Redaktion dieser Zeitung. Unsere aktuelle Richtlinie lautet, wenn möglich beide Geschlechter zu nennen oder die beiden Formen abzuwechseln. Dabei achten wir darauf, keine Stereotype zu zementieren (zum Beispiel: «Ärzte und Pflegerinnen»). Der Genderstern und ähnliche Sonderzeichen werden in journalistischen Texten nicht angewendet. Zurzeit überprüft eine interne Arbeitsgruppe diese Regelung. (ms)

«Man geht von einem Extrem ins andere»

Tages-Anzeiger 28.6.2021, Debatte, Leserbriefe

Sprachregelung in der Volksschule Genderstern im Klassenzimmer, TA vom 21.6.

Überflüssiges Thema

Nach dem Lesen der Berichte über die neue Broschüre komme ich zu folgenden knappen Schlüssen: Sternchen und Binnen-I bilden effektiv eine störende Verhuzung der Sprache; sie sind in der Schule zu verbieten. Es war ein Affront sondergleichen, Schulvorsteher Leutenegger beim Planen der umstrittenen Aktion nicht mit einzubeziehen. Auf den Lehrplan 21 zu verweisen als Begründung für die Lancierung einer Gender-Wegleitung, ist völlig daneben. In den Chindsgis gibt es immer Buben, die mit Puppen spielen wollen und Mädchen, welche gerne mit den Bauklötzen Viadukte bauen - mischt euch doch nicht ein. Die deutsche Linkspolitikerin Wagenknecht hat auch Klartext gesprochen; bedauerlich, dass viel Zeit und Energie vergeudet werde mit solch sinnlos aufgepöppelten Themen, welche in unteren Gesellschaftsschichten angesichts wahrer Sorgen überhaupt keine Priorität besitzen. Da fragt sich tatsächlich, ob die Stadt Zürich nicht besser auf ihr Gleichstellungsbüro verzichten würde; andere Gemeinden kommen schliesslich gut über die Runden ohne derart überflüssige Anhängsel in der Verwaltung zulasten der Steuerzahlenden.

Hans-Peter Köhli, Zürich



Dilettantismus sondergleichen

Sprachwissenschaftler/-innen haben dieses Standardwerk geschaffen, und sie geben auch Lösungen für eine geschlechtergerechte Sprache. Da der Duden den Genderstern nicht empfiehlt, wird dieser auch nicht in amtlichen und journalistischen Texten verwendet. Der Genderstern wird ausschliesslich vor die weibliche Endung gesetzt - man geht also von einem Extrem ins andere, von der nur männlichen Form zur nur weiblichen Form mit einem Stern; dieser soll offenbar alle möglichen anderen Formen implizieren; egal ob diese Formen grammatikalisch richtig oder falsch sind. Soll das wissenschaftlich sein? Und nun masst sich eine städtische Fachstelle für Gleichstellung an, den Lehrpersonen der Volksschule die Verwendung des Gendersterns zu empfehlen, und wird dabei von der Pädagogischen Hochschule des Kantons Zürich unterstützt. Es wäre besser, man würde den Lehrpersonen empfehlen, sich vom Duden beraten zu lassen, vor allem, was die korrekte Aussprache so einfacher deutscher Wörter wie «Ort», «Geld» oder «Broschüre» betrifft. Diesbezüglich hätten die meisten deutschsprachigen Schweizerinnen und Schweizer eine nachträgliche Schulung nötig.

Heinrich Forster, Weisslingen

«Der Genderstern ist Sprachverhunzung»

Sonntagszeitung 26.2021, Nadja Pastega

Pascal Frey, Präsident der Deutschlehrkräfte, ist gegen das trendige *, der Bund verbietet die Schreibweise ab sofort in der Verwaltung – Kantonsschulen wenden sie trotzdem an.

Gendern? Ja, gerne! «Liebe Eltern, liebe Schüler*innen», heisst es im Newsletter der Kanti Wiedikon in Zürich. Darin geht es um die Auftragsvergabe an die «Schüler*innen», die Präsenzzeiten der «Schüler*innen», die Verpflegung der «Schüler*innen». Rektor Martin Andermatt will sich nicht zum Genderstern in der offiziellen Kommunikation seiner Schule äussern. Hier werde, findet er, «einem Detail zu viel Aufmerksamkeit beige-messen».

Dabei befasste sich jüngst sogar der Rat für deutsche Rechtschreibung, die zentrale orthografische Instanz der deutschsprachigen Länder, damit. Das 40-köpfige Gremium, in dem auch neun Schweizerinnen und Schweizer sitzen, entschied: Der Genderstern wird vorerst nicht in das amtliche Regelwerk für Schulen, Verwaltungen und Rechtsbehörden aufgenommen. Seine Verwendung wird «nicht empfohlen».

Noch deutlicher wurde der Bund. In einer neuen Weisung verbietet er das Gendern in der Verwaltung. Es sei unklar, wer mit den «experimentellen Schreibweisen» wie Genderstern, Doppelpunkt (Bürger:innen) und Gender-Gap (Bürger_innen) jeweils gemeint sei. Zudem gebe es das «dritte Geschlecht» – Menschen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen – in der Schweiz rechtlich noch gar nicht.

Selbst für den Unterricht fehlen klare Regeln

Was die Bundesangestellten nicht mehr dürfen, hält an den Gymnasien und Kantonsschulen Einzug. Hier haben die Kantone das Sagen. Verbindliche Richtlinien zum Gendern fehlen oft. «Für den Unterricht und die Kommunikation in den Schulen gibt es keine Vorgaben», heisst es etwa im Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt.

So verlagert sich die Diskussion in die Klassen- und Lehrerzimmer, wo um die «gendergerechte Sprache» gerungen wird. Wie an der Kanti Wettingen AG. Das Sternchen



tauchte hier zuerst im Internet auf. «Ein Mitglied der Schulleitung verwendete es konsequent in unseren News», sagt Rektor Paul Zübli. Dann setzte sich der Genderstern im Jahrbuch fest. Daran hätten sich alle rasch gewöhnt. Der Schulleiter schreibt seine Beiträge zum Teil weiterhin sternchenfrei. «Mein Editorial im Jahrbuch wird dann jeweils im Lektorat hinterher doch noch mit Sternchen versehen», sagt Zübli.

Eine interne Richtlinie, was eine angemessene Schreibweise sei, gebe es nicht. Auch für den Unterricht mache die Schulleitung keine Vorgaben, sagt Zübli. Und hofft, dass «die sich aus der allgemeinen Verwirrung ergebenden Stilblüten angemessen bei der Bewertung berücksichtigt werden». Reicht das Prinzip Hoffnung?

Vor einiger Zeit versuchte der Verein der Schweizer Deutschlehrerinnen und -lehrer (VSDL) Ordnung ins Wirrwarr zu bringen und einigte sich auf eine Regel für Gymnasien und Mittelschulen. Demnach «dürfen» der Genderstern und andere Sonderzeichen in Schüleraufsätzen korrigiert, aber nicht als Fehler gewertet werden – das lässt viel Spielraum offen.

Beim Genderkampf in den Schulen geht es nicht um abgehobene Grammatik-Dispute. Es geht um eine zentrale Aufgabe der Schule: Den Schülerinnen und Schülern beizubringen, wie man richtig schreibt. Und es geht letztlich vor allem auch um die Frage: Schafft eine vermeintlich gerechtere Sprache auch eine gerechte Welt?

Pascal Frey, Präsident des VSDL, sieht das kritisch. «Selbstverständlich bin ich für Gleichstellung. Aber sie ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe, die man nicht über die Sprache lösen kann», sagt der oberste Deutschlehrer der Schweiz. «Ich bin gegen den Genderstern. Er scheint ein plausibles Mittel auszudrücken, dass man alle mitmeint. Tatsächlich wird mit ihm aber nur die notwendige breite gesellschaftliche Diskussion umgangen.»

Kanton Zug setzt klare Leitplanken

Frey blieb schon selbst in der Gender-Zensur hängen. Einen Text für das Magazin des Verbands der Gymnasiallehrkräfte, in dem er Doppelformen wie «Lehrerinnen und Lehrer» verwendete, habe die Chefredaktorin «ungefragt gegendert». Nach der Drohung, den Beitrag zurückzuziehen, wurde der Text wieder auf die Doppelformen zurückgekämmt. «Der Genderstern ist Sprachverhunzung», sagt Frey, «und eine Mode, die wohl genauso wieder verschwinden wird wie das Binnen-I. Das benutzt heute kaum mehr jemand.»

Wie in vielen Dingen wird die Schweiz wohl sprachlich noch lange ein Flickenteppich bleiben. In Zürich stützen sich Mittelschulen wie das Realgymnasium Rämibühl oder die Kanti Zürich Nord auf einen Regierungsratsbeschluss von 1996, nutzen entsprechend Paarformen, geschlechtsneutrale Ausdrücke und Umformulierungen. Dagegen hat der Genderstern in vielen Berner Kantonsschulen längst Einzug gehalten.

Zug gehört zu den wenigen Kantonen, die klare Leitplanken setzen. In Elternbriefen, sagt ein Sprecher der Direktion für Bildung und Kultur, «dürfen die Mittelschulen die neuen, experimentellen Formen wie den Genderstern und Ähnliches nicht anwenden».



Verbot für Gendersprache

NZZ 30.6.2021, Meinung und Debatte, Leserbrief

Ich war zwanzig Jahre Geschäftsführerin in einer sogenannten Männerdomäne. Bisher habe ich keine Gendersprachunterstützung gebraucht (NZZ 22. 6. 21). Wenn Sprache, wie es heisst, die Bilder im Kopf verändert, dann kann ich nach dieser Sprachakrobatik nur Wut auf diese Frauen bekommen, die mir meine Sprache vorschreiben wollen. Es gibt Wörter, die gesamtheitlich für Menschen stehen und die einmal männlich (Beispiel: Mensch), einmal weiblich (Beispiel: Leiche) und sogar sächlich (Beispiel: Kind) sind. Übrigens sind, gemäss der Lesart der Gendersprach-Befürworter, alle Pluralformen weiblich. Müssen da nicht die Männer sich unterdrückt fühlen? Kein weiterer Kommentar! Für mich sind diese Diskussionen Luxusprobleme. Ich plädiere dafür, dass Menschen beispielsweise in unteren Lohnbereichen beachtet und auch besser finanziell geachtet werden. Damit wäre mehr Menschen geholfen als mit dieser seltsamen Sternchen-Sprache, die bei der Aussprache eher an einen Schluckauf erinnert. Würde diese Sprachverirrung nicht so ernst betrieben, es wäre eine Lachnummer in einer Kabarettssendung.

Irene Maria Klöppel, D-Köln

Es ist begrüssenswert, dass sich die NZZ nicht zu gut dafür ist, auch heisse Eisen anzufassen, wie die beiden Artikel über die Gendersprache von Judith Sevinç Basad und Claudia Schwartz beweisen. Ich möchte dazu keine Meinung äussern, sondern Fragen stellen. Warum wird immer über das generische Maskulinum gesprochen und nicht über das generische Femininum (die Leiche, die Bestie usw.)? Warum wird nie darüber diskutiert, dass im Deutschen die Mehrzahl immer weiblich ist? Das wären meiner Ansicht nach auch Themen, die besprochen werden sollten.

Peter Joller, Zürich

Was ist typisch Sprache, was ist typisch Deutsch? Provokativ formuliert: Seit der Spätsteinzeit sind «Schrift und Sprache» zum Glück dynamisch gewachsen, aber auch wieder geschrumpft, «ausgestorben» und wieder neu erfunden worden. Ich bin weder für noch gegen «gendergerechte Sprache», weil es nichts nützt, weil sie schon da ist, sie kann bleiben, aber auch wieder gehen.

Raffaele Ferdinando Schacher, Rorschach

Amerikas Eltern proben den Aufstand

Sonntagszeitung 26.6.2021, Rassismus in den USA, Martin Suter

Der Widerstand gegen die Vermittlung der kritischen Rassentheorie an den Schulen wird zur politischen Waffe.

Wenn Eltern an einer Schulversammlung von Polizisten abgeführt werden, nur weil sie weiterreden wollen, dann hat der Protest gegen Behörden eine politisch brisante Stufe erreicht. Das denkwürdige Ereignis trug sich am Dienstagabend im Loudoun County in Virginia zu. Der laut «Forbes» reichste Bezirk der USA wurde damit zum «Ground Zero» eines landesweiten Kulturkampfes um kritische Rassentheorie und andere progressive Lehrpläne.

«Die Wahrheit ist, man will uns einfach nicht anhören», sagt John Tigges, der am Dienstag von Polizisten niedergerungen wurde. Zusammen mit anderen Eltern wollte Tigges an der öffentlichen Versammlung Einwände gegen geplante Transgender-Lehrinhalte vortragen.



Doch die Kreisschulbehörde brach den Anlass zwei Stunden vorzeitig ab. Die erzürnten Teilnehmer weigerten sich, den Saal zu verlassen. Die Polizei schritt ein.

Vor dem Streit um Personalpronomen hatten Teile der Öffentlichkeit in Loudoun während sechs Monaten immer wieder Einspruch erhoben gegen eigenmächtige Verwaltungsbeschlüsse, vor allem im Bereich der Rassenerziehung. Ohne die Eltern zu fragen, setzte die Kreisschulbehörde letzten Herbst einen neuen «Gleichheitslehrplan» in Kraft. Er verfolgt das Ziel, «die weisse Vorherrschaft und systemischen Rassismus zu brechen und abzubauen».

Schülerinnen und Schüler sind jetzt aufgerufen, anonym andere zu verpetzen, wenn sie bei ihnen Vorurteile feststellen. Vorbildhafte «students of color» und «verbündete Weisse» sollen als Botschafter für soziale Gerechtigkeit wirken. In den Klassenzimmern muss gelehrt werden, Amerika sei im Kern rassistisch.

Die Eltern wurden auf die Änderungen aufmerksam, nachdem sie im Fernunterricht des Lockdown Zeugen des Unterrichts wurden. «Wir dachten uns sofort: Ich kann nicht glauben, was man unsere Kinder lehrt», sagt empört Patti Hidalgo Menders, die Anführerin einer Gerichtsklage gegen die Schulbehörde.

«Hört auf, unsere Kinder zu instrumentalisieren»

Ähnliche Töne sind aus allen Ecken des Landes zu hören. Vor der Schulbehörde in Putnam County, New York, forderte Tatiana Ibrahim: «Hört auf, unsere Kinder zu indoktrinieren!» Im Duval County, Florida, sagte Quisha King: «Es ist rassistisch, meinem Kind zu sagen, dass es in Amerika den Status eines Unterdrückten hat, nur weil es schwarz ist.»

Befürworter der neuen Lehrinhalte behaupten, die elterlichen Einwände beruhten auf einem Missverständnis. Bei «Critical Race Theory» (CRT), schreibt die Website Vox, handle es sich um eine vor 50 Jahren erdachte «rechtliche Rahmentheorie darüber, wie Rassismus in Amerikas Gesetzen und Institutionen eingebettet ist». Als Problem werde sie nur wahrgenommen, weil konservative Stimmen und Fox News sie als Sammelbegriff gegen antirassistische Erziehung einsetzen wollten.

CRT-Gegner verweisen dagegen auf die geistesgeschichtliche Herkunft und die politische Instrumentalisierung dieser Theorie. Der Harvard-Professor Derrick Bell formulierte sie in den 1970ern, indem er die von den Marxisten der Frankfurter Schule entwickelte kritische Theorie auf die Kategorie der Rasse anwandte. Anstatt Intellektuelle und Kulturschaffende sind bei Bell Angehörige rassistischer Minderheiten die Agenten der Revolution.

Die Geschichte der USA soll umgeschrieben werden

Den Rahmen für die politische Verwertung der kritischen Rassentheorie steckte die «New York Times» ab, als sie 2019 im Kampf gegen Donald Trumps Wiederwahl Rasse zum Schlachtfeld erklärte. Ab August veröffentlichte die Zeitung ihr «1619 Project». Darin wird behauptet, das moderne Amerika sei nicht mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 entstanden, sondern 1619 mit der Ankunft des ersten Sklavenschiffs in der damaligen Kolonie Virginia. Die These, Rassismus und Sklaverei definierten die USA noch heute, verbreitete sich danach in allen Medien und fand Eingang in Lehrpläne.

Einen zusätzlichen Schub erhielt die Rede vom angeblich «systemischen Rassismus» nach der Ermordung des Schwarzen George Floyd durch einen weissen Polizisten im Mai 2020 in Minneapolis. Die Wahl Joe Bidens ins Weisse Haus machte schliesslich das Ziel der «equity» – Gleichheit im Ergebnis – anstelle der klassischen «equality» – Chancengleichheit – zum politischen Programm.

Der Widerstand gegen die Neudefinition ihres Landes regt sich nicht nur bei Eltern. Republikanische Politiker haben bemerkt, dass sich der Aufruhr als politische Waffe



nutzen lässt. So wurde CRT in Texas und Florida aus den Lehrplänen verbannt. Vielerorts sind Verbote unterwegs.

In den Kongresswahlen des nächsten Jahres könnte sich der Kampf gegen CRT für die Republikaner als schlagkräftige Waffe erweisen. Donald Trumps Ex-Berater Steve Bannon zieht den Vergleich mit der erfolgreichen konservativen Rebellion von 2009: «Dies ist die Tea Party hoch zehn.»

Nach dem Corona-Fernunterricht landen die Computer wieder in der Ecke

NZZ am Sonntag, 27.6.2021, Bildung, René Donzé

Nach dem Online-Hype im Lockdown herrscht an den Schulen digitale Katerstimmung. Das jedenfalls legt eine neue Studie nahe. «Man könnte meinen, dass viele Lehrpersonen nach dem Fernunterricht die Computer wieder erleichtert in die Ecke gestellt haben», sagt Bildungsforscher Stefan Wolter, der die Untersuchung im Rahmen des nationalen Bildungsmonitorings durchgeführt hat.

Erwartet hätte er eigentlich das Gegenteil: Weil die Schulen im März 2020 von einem Tag auf den anderen auf Fernunterricht umstellen mussten, waren Lehrerinnen und Lehrer plötzlich gezwungen, mit E-Mail, Video und Apps zu arbeiten, um den Unterricht aufrechtzuerhalten. Verfechter der digitalen Bildung rieben sich darob die Hände und hofften auf einen Schub. Nun zeigt sich: «Man ist noch weit entfernt von einer breiten Nutzung der digitalen Möglichkeiten», sagt Wolter. Dabei

stützt er sich auf die Aussagen von rund 6500 Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Schweiz von der Primarstufe bis zur Berufsbildung und zu den Gymnasien.

Die wichtigsten Erkenntnisse: Etwa ein Drittel hat noch nie eine Lernsoftware oder eine Lernplattform benutzt; für nur etwa die Hälfte gehört der Computer zum schulischen Alltag; etwa ein Viertel der Befragten hat in der Schule keinen Internetzugang zur Verfügung; mehr als die Hälfte benutzt keine digitale Kommunikation mit den Lehrkräften. Dabei setzen Deutschschweizer Schulen häufiger auf Digitales als Westschweizer.

«Diese tiefe Nutzungsintensität hat uns doch sehr erstaunt», sagt Wolter. Dies vor allem darum, weil viele Schulen mittlerweile gut ausgestattet sind und weil viele Familien ausgerüstet haben: Etwa ein Drittel der Befragten berichtet, dass sie im Lockdown neue Geräte beschafft hätten. «Warum die neuen Möglichkeiten nicht besser ausgeschöpft werden, lässt sich schwer sagen», so Wolter. Es fehle auch ein Vergleich zur Situation vor Corona. Mit einem regelmässigen Monitoring wird er die Entwicklung weiterverfolgen.

Die höchste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler, wehrt sich gegen den Eindruck, dass sich die Lehrerschaft schwertut mit der Digitalisierung. «Die grosse Mehrheit ist auf den

So selten arbeiten Schüler am Bildschirm

Nutzung digitaler Anwendungen für die oder in der Schule



Quelle: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung



Zug aufgesprungen», sagt die Präsidentin des Lehrer-Dachverbandes. Dass es nicht schneller gehe, liege auch an politischen Prozessen. «Es muss viel Geld gesprochen werden, da braucht es noch immer teilweise viel Überzeugungsarbeit», sagt sie.

Doch am Geld allein liegt es nicht. Einer, der sich seit vielen Jahren mit der Digitalisierung beschäftigt, ist Beat Döbeli von der Pädagogischen Hochschule Schwyz. Für ihn sind die Resultate der Studie nicht erstaunlich. «Es war Notfall-Fernunterricht: Im Lockdown haben viele Lehrpersonen unter Stress versucht, die fehlende Präsenz mit digitalen Werkzeugen zu überbrücken.» Das sei aber nicht vergleichbar mit der langfristigen Herausforderung, Unterricht für eine durch Digitalisierung veränderte Welt zu gestalten. «Bei den einen oder anderen hat der Lockdown aber auch Impulse ausgelöst.» Man probierte Neues aus und experimentierte. «Für eine grundlegende Veränderung der Bildungslandschaft aber waren die paar Wochen nur begrenzt hilfreich.» Dazu brauche es einen Kulturwandel und eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema in den Schulen und der Lehrerbildung, sagt Döbeli.

Dass es so viel Zeit braucht, liegt auch an den Pädagogischen Hochschulen (PH). Sie erarbeiten in einem längeren Prozess ein Positionspapier zum Thema. «Man muss die Schulen von Grund auf neu denken», sagt der federführende Schwyzer Rektor Silvio Herzog. Kürzlich haben alle PH-Rektoren an einer Tagung über den Leitlinien gebrütet. Unter anderem darüber, wie der Unterricht mit digitalen Technologien «motivierender, anschaulicher, aktiver und kollaborativer» gemacht werden kann. So steht es im Entwurf des Papiers. Begonnen hat die Arbeit daran vor Corona, Ende Jahr soll es öffentlich diskutiert werden. «Der digitale Wandel ist ein sehr langfristiger Prozess», so Herzog.

René Donzé

Das Tablet in der Schule – eine zweiseidige Sache

NZZ 2.7.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer

Corona hat die Digitalisierung der Schulen stark beschleunigt. Vielerorts wurden Tablets eingeführt. Sie eröffnen neue Bildungsinhalte und neue Lernformen. Doch birgt die Technik Fallstricke.

Die Corona-Pandemie hat dem Bildungssystem weltweit einen Digitalisierungsschub beschert, der angesichts internationaler Vergleichsstudien zur Ausstattung von Schulen im deutschsprachigen Raum längst überfällig erschien und für viele eine Bildungsrevolution darstellt. Der entscheidende Schritt dabei: Tablets für alle Lernenden, ermöglicht nicht zuletzt durch grosse Finanzspritzen der Bildungspolitik. Aber wo Licht ist, da ist auch Schatten, und gerade was die Digitalisierung anbelangt, lohnt es sich, genau hinzusehen. Denn bei aller Euphorie angesichts des Geldsegens: Digitalisierung hat eine Reihe von Fallstricken, die besonders in Tablet-Klassen sichtbar sind und die empirische Bildungsforschung offenlegt.

Fehlende Querverweise

In mittlerweile unzähligen Studien konnte gezeigt werden, dass die Mitschrift von Lerninhalten mit Papier und Bleistift allen Formen digitaler Notizen in vielfacher Hinsicht überlegen ist – egal, ob das Keyboard, das Tablet oder das Smartphone zum Einsatz kommt. So können Lernende schneller per Hand auf Papier schreiben, als sie tippen oder digital schreiben, was Lernzeit spart. Darüber hinaus sind in den analogen Aufzeichnungen Querverweise zu erkennen, die bei digitalen fehlen und die somit auf eine erhöhte



kognitive Verarbeitung hinweisen. Diese lässt sich nicht nur in anschliessenden Leistungstests feststellen, sondern auch in neurologischen Messungen: Die Gehirnaktivität ist beim analogen Schreiben grösser als beim digitalen Schreiben.

Gerade was die Möglichkeiten des Tablets anbelangt, wird man einwenden: Das kann alles nicht sein, ist die Technik heute doch so weit, dass sie analoge Prozesse eins zu eins abbilden kann – das digitale Schreiben auf dem Tablet ersetzt doch vollumfänglich das analoge Schreiben mit Papier und Bleistift.

Auf den ersten Blick mag das stimmen, auf den zweiten Blick offenbaren sich aber die Fallstricke. Beispielsweise vergrössern Lernende, wenn sie auf Tablets schreiben, die Ansicht so stark, dass sie nur noch das zu schreibende Wort sehen und damit den ganzen Text aus den Augen verlieren. Tafelbilder, die abfotografiert sind, befinden sich zwar auf der Festplatte, aber nicht im Kopf. Und auch die Möglichkeit, mit Copy und Paste schnell und einfach Texte umzubauen, hat nicht nur Vorteile. Mag sie für Schriftstellerinnen und Schriftsteller effektives Arbeiten eröffnen, nimmt sie Lernenden wichtige Wiederholungsschleifen. Denn das Korrigieren von Fehlern und das erneute Schreiben hinterlassen im Gedächtnis Spuren, die entscheidend für Lernerfolg sind.

Zum Lesen und Lernen existieren ähnliche Ergebnisse. Zwar können auch diese Vorgänge digital vonstattengehen und tun es tagtäglich wohl schon häufiger als analog. Allerdings weisen Studien darauf hin, dass das Lesen von und Lernen mit analogen Texten nachhaltiger ist, weil langsamer und damit tiefgründiger gearbeitet wird als mit digitalen Texten. Diese werden häufig schnell weggewischt, was der Sinnentnahme und dem Leseverständnis schadet.

An diesen Beispielen zeigen sich denn auch die grössten Herausforderungen im erzieherischen Bereich: Das eigene Lernen digital zu organisieren und zu strukturieren, gewissenhaft und gründlich zu arbeiten, Techniken des Schreibens und des Lesens zu entwickeln, sich Lernstrategien anzueignen, regelmässig zu wiederholen und zu üben, all das sind Aspekte des Lernens, für die in Zeiten der Buchkultur mehrere Jahre in der Grundschule verwendet werden, damit sie funktionieren.

Wer nun glaubt, dass dies in Zeiten der Digitalisierung einfacher sei und per Knopfdruck passiere, der verkennt auf dramatische Art und Weise die Möglichkeiten und die Grenzen von digitalen Medien. Kinder und Jugendliche verstehen sich zwar auf digitale Medien und werden mit ihnen gross, aber der sinnvolle Umgang ist erst zu erlernen.

Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle das Ablenkungspotenzial bei Tablets: Die Vielzahl an Nutzungsmöglichkeiten, die zunächst so positiv erscheint, kann zum Nachteil gereichen, weil sie in jeder Sekunde Reize liefert, etwas anderes zu tun, sich von Programmierungen beeinflussen und von der eigentlichen Tätigkeit abbringen zu lassen. Der Umgang mit Tablets ist also nicht per se lernförderlich, er kann auch lernhinderlich sein. Das digitale Aufrüsten der Kinderzimmer birgt Gefahren, denen nur in Kooperation mit dem Elternhaus Einhalt zu gebieten ist. Denn erzieherische Aufgaben erfordern immer das Zusammenwirken aller Beteiligten.

Entrümpelung der Fächer

Natürlich eröffnen Tablets neue Bildungsinhalte und können dadurch Bildungsrevolutionen ermöglichen. Aber dies erfordert mehr als nur Technik. Denn erst dann, wenn ein Bildungsinhalt einen innovativen Bildungsgehalt mit sich bringt, wird es interessant. Schulbücher also eins zu eins von analog auf digital zu setzen, mag zwar die Schultasche erleichtern, aber der Einfluss auf das Lernen, und erst recht auf die Bildung, geht gegen null. Stattdessen bieten Tablets die Chance, manche (sicherlich nicht alle) bewährte Bildungsinhalte methodisch auf eine Art und Weise zu behandeln, wie es analog nicht möglich ist. Dadurch kommt es zu einem didaktischen Gewinn an Bildungsgehalt.



Zu denken ist beispielsweise an die klassische Aufgabe des Aufsatzschreibens, die mithilfe einer Digitalisierung in eine zeit- und raumüberschreitende Kooperation mit einer Autorin oder einem Autor übergeführt und in einer kleinen Filmproduktion umgesetzt werden kann. Neben den typischen Zielen des Deutschunterrichts kommen weitere medienerzieherische Aufgaben bereichernd hinzu. Tablets sind dann nicht nur digitale Medien des Unterrichts, sondern werden selbst zum Bildungsgegenstand, weil eine stete kritisch-konstruktive Reflexion im Umgang damit gefordert ist.

Es liegt auf der Hand, dass diese Möglichkeiten einerseits auf den klassischen Aufgaben aufbauen und andererseits neue Lernzeit brauchen. Ohne eine Lehrplanreform, die nicht erst seit der Corona-Pandemie längst überfällig ist, kann dieser Schritt nicht gelingen. In deren Zentrum steht sowohl eine Neugewichtung als auch eine Entrümpelung der Fächer.

Damit verbindet sich eine Stärkung des musischen Bereiches ebenso wie eine Abkehr von einer fachlichen Reduktion samt einer Separierung des Geistes hin zu einem interdisziplinären Denken. Dieses ist nicht nur lebensnäher, motivierender und herausfordernder, sondern auch bildungswirksamer. Dass damit auch eine Reform des Unterrichts einhergehen muss, liegt auf der Hand: Überfachliches Arbeiten an neuen Themen braucht Teamarbeit in den Kollegien ebenso wie eine klare Ausrichtung auf gemeinsame Qualitätskriterien.

Bald schon digitaler Schrott?

Wer also den Schritt geht, Tablet-Klassen zu fordern und zu implementieren, der muss sich im Kern zu zwei Aspekten grundlegend Gedanken machen. Erstens erfordert die Einführung einer Tablet-Klasse eine kritisch-konstruktive Begleitung der Lernenden, eine Miteinbeziehung der Eltern und eine Professionalisierung der Lehrpersonen. Zweitens muss eine Lehrplanreform hinzukommen. Andernfalls droht den Tablets, was die Sprachlabore vor Jahren ereilt hat: als digitaler Schrott zu enden, der zuerst kostenintensiv angeschafft wurde, lange stillstand und schliesslich teuer entsorgt wurde. In allen Ländern der Welt haben sich die Ausgaben für die Digitalisierung im Bildungsbereich in den letzten Jahren dramatisch erhöht, ohne dass man bis heute einen vergleichbar grossen, meistens sogar nicht einmal einen messbaren Effekt auf die Lernleistungen feststellen kann.

Klaus Zierer ist Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg. Zuletzt ist 2021 bei Kösel erschienen: «Ein Jahr zum Vergessen. Wie wir die Bildungskatastrophe nach Corona verhindern».



Veranstaltung vom 7. Juli 2021

Der schiefe Turm von PISA – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 7. Juli 2021, 18.30 – 20.30

Referenten

Prof. Dr. phil. Urs Moser (Institut für Bildungsevaluation, Universität Zürich)

Prof. Dr. phil. Carl Bossard (ehem. Rektor PH Zug)

Einführung

Lic. phil. Arno Noger (Stiftungsratspräsident Ostschweizer Kinderspital)

Datum

Mittwoch, 7. Juli 2021

Zeit

18.30 – 20.30 Uhr

Ort

Fachhochschule St. Gallen
Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Der schiefe Turm von PISA – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress

MITTWOCH, 7. JULI 2021, 18.30 – 20.30 UHR



Verein
Ostschweizer
Kinderärzte



OSTSCHWEIZER
KINDERSPITAL